

krete Tötungshandlungen beweiskräftig haben belegen können, steht dahin.

Zu dem, was vor 30 Jahren als die Tragödie der Opfer begann, liefert die bundesdeutsche Justiz heute unfreiwillig noch das Satyrspiel nach. Aufwand und mutmaßliches Ergebnis ihrer Suche nach der Wahrheit geraten zwangsläufig außer Verhältnis. Schon steht für Januar eine zweite Polen-Reise an, im Februar geht es nach Israel, und mittlerweile macht die hämische Vokabel vom „Justiz-Tourismus“ die Runde — zu Unrecht: Den Richtern bleibt keine andere Wahl, als reisunfähigen oder -unwilligen Zeugen hinterherzuffliegen.

Schon gibt es Ausfallerscheinungen auch unter den bejahrten Laienrichtern — so etwa in Krakau, wo eine Schöfin die gerichtsbekannte Warschauer Gestapofalle „Hotel Polski“ ausgemacht zu haben glaubt, oder gleich bei der Ankunft in Warschau, wo eine Schöfin die Funktion des zur Begrüßung erschienenen polnischen Staatsanwalts Walewski offensichtlich verkannte und ihm fürs Koffertragen zollfreie West-Zigaretten zustecken wollte.

Immer ungünstiger stehen die Chancen des Hamburger Schwurgerichts, im Endspurt bis zum Urteil mit dem Gesundheitsverfall des Hauptangeklagten auch nur Schritt zu halten. Drimal schon tagte das Gericht im Dezember in einem Krankenhaus: Ludwig Hahn wurde an der Prostata operiert. Derzeit wird der Angeklagte jeweils im Pkw zu Gericht chauffiert und kann der Verhandlung — im Beisein eines Arztes — nur maximal zwei Stunden folgen. Letzten Donnerstag gab er noch ein Attest über Thrombose zu Protokoll. Diese Woche beginnen für ihn langwierige Kobalt-Bestrahlungen — und es bleibt nur noch die Frage, wann das Verfahren wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt werden muß.

Kein geräuschloser Ausweg in Sicht: Ein vorführender Versuch des Schwurgerichtsvorsitzenden, für den Fall einer notwendig werdenden ärztlichen Überprüfung der Verhandlungsfähigkeit Hahns auch polnische Gutachter zu Rate zu ziehen, wurde in Warschau abgeblockt.

## STURMSCHADEN

### Gefahr vom Käfer

**Der Orkan vom 13. November brachte der deutschen Forstwirtschaft einen Milliarden-Schaden. Vor allem Einschlag-Beschränkungen sollen auf dem Holzmarkt nun die Preise halten.**

Sämmige Kiefern und ranke Fichten, zähe Buchen und knorrige Eichen waren am Tage des Sturms alle gleich: Wo sie der Orkan am 13. November mit 200-Stundenkilometer-Geschwindigkeit packte, splitterten ihre Stämme, wurden sie samt der Wurzel hektarweise aus der Erde gerissen.

Als das atlantische Sturmtief über die Linie Oldenburg — Lüneburger Heide — Oberharz die DDR erreicht hatte, war das Jahreswerk von zwei Dritteln aller bundesdeutschen Holzfäller getan: In Nordwestdeutschlands Wäldern lagen 17,6 Millionen Festmeter Windbruch- und Windwurfholz — nur etwa zehn Millionen Festmeter weniger, als 1971 in ganz Westdeutschland geschlagen wurden.

„Das ist der größte Schaden, den es in der deutschen Forstgeschichte je gegeben hat“, klagt Oberlandforstmeister Walter Kremser vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium.

„Allein die Räumungs-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungskosten“, so ein Experte im zuständigen Bonner Ernährungsministerium, „müssen auf mehr als eine Milliarde Mark veranschlagt werden — die Vermögensver-

mität“, so urteilt etwa die halbstaatliche Zentrale Holzmarkt- und Preisberichtsstelle der deutschen Forstwirtschaft in Freiburg im Breisgau, „steht unter günstigeren Aspekten als 1967, da der Schadenseintritt am Beginn der Einschlagsaison erfolgte.“

Gegen die Sturmholz-Flut, die dem inländischen Holzmarkt und seinen derzeit recht festen Preisen jetzt droht, wurden denn auch schon Dämme errichtet: Das noch junge Forstwirtschaftsjahr 1972/73, das erst am 1. Oktober begann, machte es möglich, die Holzschlagpläne schnell zu ändern: Jenseits der Schadensgebiete wird nun weniger geschlagen.

Gestützt auf das Forstschäden-Ausgleichsgesetz, dem der Frühjahrssturm von 1967 ins Rechtsleben half, hat Bonn per Verordnung verfügt, daß im laufenden Forstwirtschaftsjahr der Ein-



Verwüsteter Wald in Niedersachsen: „In zwei Jahren vergammelt“

luste der Waldbesitzer noch gar nicht gerechnet.“

Am schlimmsten hauste der Herbststurm im niedersächsischen Wald. Dort stürzte er mehr als ein Zehntel des gesamten Baumbestands: 15,9 Millionen Festmeter, soviel wie sonst in fünf Jahren geschlagen werden.

Glimpflich kamen dagegen die anrainenden Bundesländer weg: In Nordrhein-Westfalen, vor allem bei Detmold, schlug der Sturm gut eine Million Festmeter, im hessischen Reinhardswald rund 300 000, und in Schleswig-Holsteins Forsten gingen knapp 50 000 Festmeter zu Boden. Südwestdeutschland und Bayern, über die im Frühjahr 1967 der Sturm hinweggebraust war, der 14 Millionen Festmeter Waldschaden gerissen hatte, spürten diesmal kaum einen Hauch.

Anders als die „Jahrhundertkatastrophe“ („Welt“) vor fünf Jahren brach das jüngste forstwirtschaftliche Säkular-Ereignis aber zu passender Jahreszeit herein. „Die diesjährige Großkala-

schlag in den westdeutschen Wäldern um 20 Prozent reduziert wird. Da in Niedersachsen zwei Drittel der geworfenen Bäume Kiefern sind, dürfen hier höchstens 30 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Kiefern und 70 Prozent der geplanten Fichten gefällt werden

Die beamteten Holzmarkt-Verknapper wollen damit rund fünf Millionen Festmeter niedersächsisches Fichten- und Kiefernholz nach dem deutschen Südwesten und Süden schleusen. Damit dies nicht an den Frachtkosten scheitert, wird die Bundesbahn für Schadholz-Transporte Tarifrabatte zwischen 14 und 22 Prozent gewähren. Noch nicht ausgemacht ist indes, ob auch der Holztransport auf der Straße billiger wird.

Zu den rund 28 Millionen Festmetern Holz, die deutsche Waldarbeiter sonst jährlich schlagen, werden nahezu 33 Millionen Festmeter Rohholz und „Rohholzequivalente“ wie Holzwaren, Zellstoffe und Papier eingeführt. Deshalb möchten Bonns Schreibtisch-För-

ster bei der Brüsseler EWG-Kommission einen einjährigen Importstopp für Brenn-, Faser- und Grubenholz und eine Beschränkung der Schnittholzeinfuhr beantragen.

Die halbstaatlichen Marktbeobachter zu Freiburg verbreiteten denn auch schon Anfang Dezember in ihrer „Holzmarkt-Information“ Nr. 13 Trost für geknickte Waldbesitzer: Wenn der Einschlag gebremst, die Frachttarife ermäßigt und der Import gedrosselt werden, könne das Unglück des Preisverfalls dieses Mal längst nicht so groß werden wie 1967.

Da die „gesamtkonjunkturelle Entwicklung aufwärts gerichtet ist“, glauben die Freiburger Holzmarkt-Späher, „daß das vom Sturm geworfene Fichtenholz unterzubringen sein dürfte“. „Trotz aller Bemühungen“, so orakeln sie, könne hingegen „nur ein Teil“ des gefallenen Kiefernholzes im Bundesgebiet verkauft werden. Den „einzigen gangbaren Ausweg“ sehen sie darin, „dieses Holz außer Landes zu bringen“.

Doch bis dahin hat es noch gute Zeit. Zwar sollen die privaten Sturmwindgeschädigten vom Land Niedersachsen einen Aufarbeitungszuschuß von insgesamt 40 Millionen Mark erhalten. Zwar requiriert die Hannoveraner Forstverwaltung bereits in Jugoslawien, Österreich und der Schweiz ein Waldarbeiter-Hilfsheer, das ihre normale Wald-Kolonie von 2600 Mann bei den Räumungsarbeiten unterstützen soll. Doch noch immer liegt der Windwurf kaum berührt im Forst.

„Wenn das Sturmholz in Niedersachsen“, so meint Forstmann Kremser, „in zwei Jahren aufgearbeitet ist, dann haben wir gut gearbeitet.“ Aber höchstens bis zum nächsten Sommer können die entwurzelten Bäume liegen bleiben, ohne zu entwerten: „Das Kiefernholz“, befürchtet der Oberlandforstmeister, „ist längstens in zwei Jahren vergammelt. Das schwache Holz ist in drei bis vier Jahren verfault und kann dann mit der Planierdrape untergewalzt werden.“

Noch ehe das Sturmholz aber zu faulen beginnt, „verblauen“ Pilze das Kiefernholz. Gefahr droht auch vom Xyloterus lineatus: Der Nutzholzborker dringt im kommenden Frühjahr mit schrotschußartigen Bohrungen in die gefallenen Stämme ein, um seinen Nachkommen mit pilzbefestigten Brutgängen Lebensraum zu schaffen. Überdies kann ein anderer Schädling, der nur unter der Rinde lebende Borkenkäfer (Ips Typographus), das tote Holz als Basis für die verstärkte Expansion in den gesunden Baumbestand nutzen.

Waldarbeiter, Borkenkäfer, der Pilz und die Fäulnis werden das Schadholz aus der Sturmkatastrophe in den nächsten zwei Jahren in jedem Fall aufarbeiten. Danach müssen in Niedersachsen wahrscheinlich 100 000 Hektar

windgeräumter Waldboden wieder aufgeforstet werden. „Wenn alles gutgeht“, so schätzt Forstmann Kremser vorsichtig, „können wir in sieben Jahren fertig sein.“

Die jungen Kiefern und Fichten brauchen dann 80 Jahre, bis sie schlagreif sind.

## KRIMINALITÄT

### Das sog. Linken

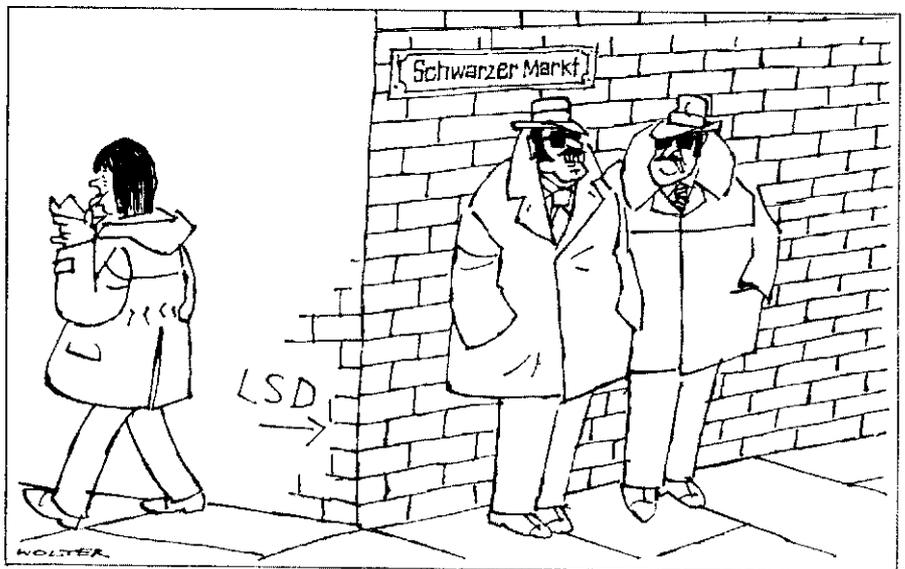
**In der westdeutschen Drogenszene macht sich eine „neue Erscheinungsform der Kriminalität“ breit: der Handel mit Rauschgift, das gar keins ist.**

Das Deal fand in der U-Bahn-Station Scheidplatz in München-Schwabing statt. Der Kunde, ein Amerikaner, wollte mehr vom „prima Afghan“, das Kilo zu 500 Dollar.

„Die Fahnder hatten irgendeinen anonymen Hinweis bekommen“, meint der Münchner Anwalt Klaus Wirnshofer, der eben diesen Dealer vertritt. Daß der Amerikaner der Anonymus war, hält der Anwalt für „absolut ausgeschlossen, denn der war ehrlich von der Wirkung überzeugt“. Und dem Praxis-Primus Hermann Messmer ist die seltsame Sache ein Beweis dafür, „auf wieviel Illusion diese Hascherei basiert“.

Der Schwabinger Streich ist kein Einzelfall. Das Bundeskriminalamt registrierte ihn für 1971 fast tausendmal. Und weil der Schmu so einträglich ist, etablieren sich an der Peripherie der Drogenszene immer mehr „Pusher“, die statt des „Stoffs“, der Träume bedeutet, nur Schäume verscherbeln — in München wie in den anderen Metropolen des Rauschgifthandels.

Im Frankfurter Revier gingen, wie Kriminaldirektor Erich Panitz beob-



„Wenn ich an die miese Rendite denke, die dieser Süßstoff in unseren Gründerjahren nach dem Krieg abwarf...“

Was er bekam, war alles andere als Haschisch. Er ließ sich, statt dessen, das Gewürz Piment andrehen und schöpfte dabei ebensowenig Verdacht wie beim „extra starken LSD“, das in Wirklichkeit nur Süßstoff war. Einer der Dealer, es waren drei, hatte es aus der Hosentasche gefingert — und der US-User hielt sich für high, gleich nach dem ersten Lecken.

Die Verkäufer, alle drei minderjährig, hatten den Stoff in Augsburger Apotheken (30 Schachteln Süßstoff) und in einer Gewürz-Großhandlung besorgt. Im Hotel Holiday Inn manschten sie das Piment mit Wasser, füllten die Mischung in Plastiksäcke und suchten die handelsübliche Form herzustellen, indem sie die Packungen stundenlang plattsäßen. Doch die Sache flog auf — die Polizei ertappte einen der Dealer noch beim Sitzen.

achtete, Stoffhändler „immer häufiger dazu über, verfälschte Substanzen als Rauschmittel anzubieten und zu verkaufen“. Die Hamburger Kripo führte für „diese neue Erscheinungsform der Kriminalität“ ins Drogen-Dienstdeutsch eine Spezialbezeichnung ein, „das sog. Linken“.

Gelinkt und getürkt wird auf jegliche Art — sei es graduell, indem Hasch der milden Marke „Grüner Türke“ mit dem altägyptischen Haarfärbemittel Henna zum stärkeren und teureren „Roten Libanesen“ veredelt wird, sei es total, indem Holledauer Hopfen als orientalischer High-Macher erhalten muß.

Selbst Kuhmist und Leder, Ölkreide und Eispulver, Kürbiskerne und Kaffeesatz, zerriebene Nägel und zermahlene Schallplatten sind schon als Hasch vermarktet worden, Mehl, Milchzucker und Gips als Heroin, Liebesperlen und